

Förderung von Teilzeitarbeit durch gesetzlichen Rechtsanspruch — Reform oder Hindernis für mehr Beschäftigung?	825
Industrieproduktion in Deutschland: Tempoabschwächung auf hohem Niveau	833

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 49/2000

Berlin

7. Dezember 2000

67. Jahrgang

Förderung von Teilzeitarbeit durch gesetzlichen Rechtsanspruch — Reform oder Hindernis für mehr Beschäftigung?

Von Januar 2001 an haben die vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer in Deutschland — derzeit knapp 19 Millionen — einen Anspruch auf Teilzeitarbeit in ihrem Betrieb. Zudem müssen künftig Teilzeitbeschäftigten, die länger arbeiten wollen — das sind gegenwärtig rund 6,5 Millionen —, auf Wunsch die im Betrieb frei werdenden Vollzeitarbeitsplätze angeboten werden, es sei denn, dringende betriebliche Gründe stehen dem entgegen.

In der vorliegenden Untersuchung wird versucht abzuschätzen, welche Beschäftigungspotentiale aus den gesetzlichen Anspruchsvoraussetzungen resultieren. Aus den Schätzungen ergeben sich zwar beträchtliche Beschäftigungspotentiale — ein Arbeitsvolumen von etwa einer halben Million Vollzeitstellen —, es bestehen aber begründete Zweifel, ob diese Potentiale tatsächlich erschlossen werden können. Die aus dem gesetzlichen Rechtsanspruch abgeleiteten beschäftigungspolitischen Erwartungen sollten daher nicht zu hoch gesteckt werden.

Der Bundestag verabschiedete Mitte November das Gesetz¹ über befristete Arbeitsverträge und zur Teilzeitarbeit. In Artikel 1, § 8 heißt es: „(1) Ein Arbeitnehmer, dessen Arbeitsverhältnis länger als sechs Monate bestanden hat, kann verlangen, dass seine vertraglich vereinbarte Arbeitszeit verringert wird. ... (4) der Arbeitgeber hat der Verringerung der Arbeitszeit zuzustimmen und ihre Verteilung entsprechend den Wünschen des Arbeitnehmers festzulegen, soweit betriebliche Gründe nicht entgegenstehen ...“. Erstmals besteht damit für Vollzeitbeschäftigte vom Jahre 2001 an ein gesetzlicher Anspruch auf Teilzeitarbeit. Dies gilt für Personen, deren Arbeitsverhältnis bei einem Arbeitgeber länger als sechs Monate besteht [Artikel 1, § 8 (1)] und die in einem Betrieb arbeiten, in dem in der Regel mehr als 15 Arbeitnehmer² beschäftigt werden [Artikel 1, § 8 (7)].

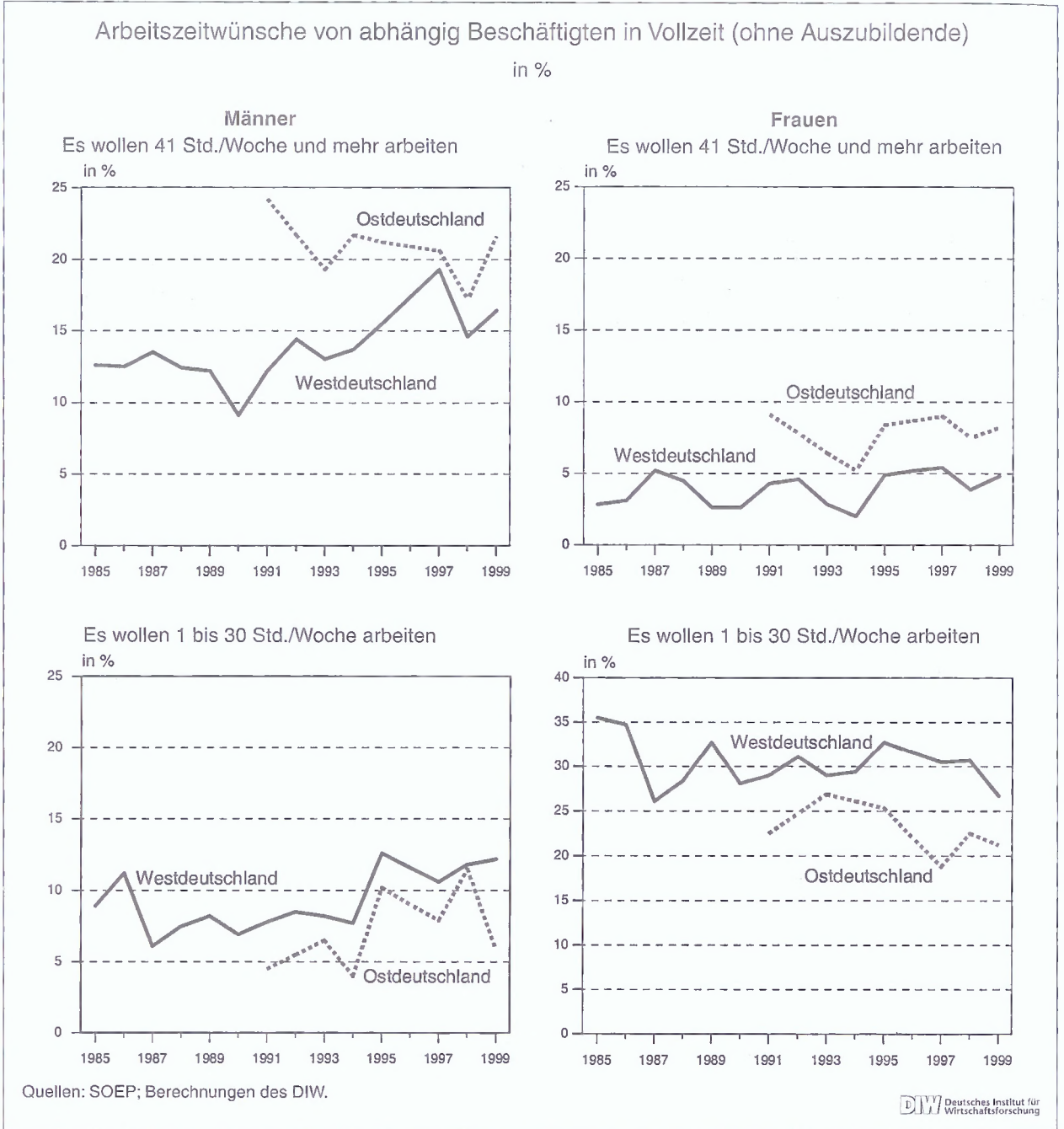
Neben der Reduzierung von Arbeitszeiten für die Gruppe der Vollzeitbeschäftigten wird erstmals teilzeitbe-

schäftigten Arbeitnehmern das Recht eingeräumt, mit ihrem Wunsch nach Ausweitung von Arbeitszeiten gegenüber Neueinstellungen vorrangig berücksichtigt zu werden. So ist nach dem neuen Teilzeitgesetz (Artikel 1, § 9) eine teilzeitbeschäftigte Person, die einen solchen Wunsch angezeigt hat, „bei der Besetzung eines entsprechenden freien Arbeitsplatzes bei gleicher Eignung bevorzugt zu berücksichtigen, es sei denn, dass dringliche betriebliche Gründe oder Arbeitszeitwünsche anderer teilbeschäftigter Arbeitnehmer entgegenstehen“. Ziel ist es „ein Rückkehrrecht zu verankern, um Arbeitneh-

¹ Vgl. Bundestagsdrucksache 14/4374 (Entwurf des Gesetzes über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge und zur Änderung und Aufhebung arbeitsrechtlicher Bestimmungen) — im Folgenden: neues Teilzeitgesetz — vom 24.10.2000 und Bundestagsdrucksache 14/4625 vom 15.11.2000 (Beschlussempfehlung und Bericht).

² Bei der Zahl der Arbeitnehmer werden Personen in Berufsausbildung nicht berücksichtigt.

Abbildung 1



mern die Entscheidung zu erleichtern, Teilzeitarbeitswünsche auch zu realisieren, ohne die Befürchtung haben zu müssen, auf Dauer auf höhere Verdienstmöglichkeiten zu verzichten“.³

Zentrales Ziel des Gesetzes ist es, Teilzeitarbeit zu fördern (Artikel 1, § 1). Damit ist auch die Hoffnung verbunden, die vorhandenen Beschäftigungspotentiale besser zu erschließen. Inwieweit sich diese Hoffnungen erfüllen, hängt nicht zuletzt von der Entwicklung und der Struktur individueller Arbeitszeitwünsche ab.

Neigung von Vollzeitbeschäftigten für Teilzeitarbeit gesunken

Das DIW Berlin hat letztmals 1998 über die Entwicklung von Arbeitszeitpräferenzen berichtet.⁴ Die für 1999 auf der

³ Vgl. Bundestagsdrucksache 14/4625 vom 15.11.2000.

⁴ Arbeitszeitpräferenzen in West- und Ostdeutschland 1997 — Potential für Verkürzung der Arbeitszeit gesunken. Bearb.: Elke Holst und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 37/98, S. 667–677 sowie die im Wochenbericht Nr. 44/98 korrigierte Tabelle 5.

Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)⁵ aktualisierten Befunde⁶ zeigen, dass bei den Beschäftigten weiterhin eine große Bereitschaft zur Verkürzung der Arbeitszeit besteht (Abbildung 1).⁷ Allerdings hat die Neigung, mehr in Teilzeit zu arbeiten, abgenommen. Dem steht ein wachsender Anteil von Vollzeitbeschäftigten gegenüber, die gerne ihre vereinbarte Arbeitszeit ausweiten würden, also Überstunden leisten wollen. Dieser Wunsch ist bei Männern besonders stark ausgeprägt (1999: West 16%, Ost 22%).

Insgesamt waren 1999 in Westdeutschland 27% der vollzeitbeschäftigten Frauen und 12% der vollzeitbeschäftigten Männer bereit, ihre Arbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche oder weniger zu reduzieren (Abbildung 1). Bei den Männern wurde damit einer der Spitzenwerte im Vergleich der letzten 15 Jahren erreicht (der Anteil liegt seit 1985 in einer Bandbreite von 6% bis 13%). Dies lässt durchaus ein Potential zur Reduzierung der Arbeitszeit in Richtung Teilzeit erkennen. Bei den Frauen ist der Wunsch nach Teilzeitarbeit zwar deutlich ausgeprägter, der Anteil unter den Vollzeitbeschäftigten ist aber in den letzten Jahren rückläufig; er weist 1999 einen der niedrigsten Werte seit 1985 auf (der Anteil bewegte sich von 26% bis 36%).

In Ostdeutschland wird der Wunsch nach einer Arbeitszeitverkürzung auf 30 oder weniger Stunden von vergleichsweise wenigen Personen geäußert. Unter den Vollzeitbeschäftigten waren 1999 in größerem Umfang nur Frauen an einer Teilzeitarbeit von 30 oder weniger Stunden interessiert (Frauen 21%, Männer 6%); ihr Anteil reichte seit 1991 von 19% bis 27% (Männer 4% bis 12%).

Veränderungen von Arbeitszeitwünschen können von der individuellen Situation abhängen (Einkommen, Geburt eines Kindes, Pflēgetätigkeiten etc.). Analysen zu Arbeitszeitwünschen im erwerbsbiographischen Längsschnitt (5-Jahresvergleich) belegen im Zeitablauf deutliche individuelle Präferenzwechsel.⁸ Sie können aber auch auf einen Wandel der Rahmenbedingungen zurückgeführt werden. So schlug sich die Einführung der 28,8-Stunden-Woche bei VW im Jahre 1994 vermutlich in den sprunghaft gestiegenen Wünschen nach Verkürzung der Arbeitszeit nieder.

Auch der Gesetzgeber erwartet, dass das neue Teilzeitgesetz einen Einfluss auf die Arbeitszeitwünsche ausüben wird und insbesondere mehr Männer künftig bereit sein werden, eine Teilzeitbeschäftigung auszuüben.⁹

Aufstockung auf Vollzeitbeschäftigung vor allem in Ostdeutschland gewünscht

In der Mehrheit wird Teilzeitarbeit von Frauen ausgeübt; dies gilt sowohl für Westdeutschland als auch — wengleich auf einem deutlich geringeren Niveau — für

Ostdeutschland (Tabelle 1). In Westdeutschland wollten die meisten der Teilzeitbeschäftigten auch in dieser Erwerbsform verbleiben, nur 8% wünschten 1999 eine Vollzeitstelle (Abbildung 2). Befürchtungen, dass durch das Gesetz eine Flut von Anträgen auf Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse ausgelöst wird, sind daher in Westdeutschland gegenwärtig gegenstandslos. Demgegenüber steigt der Anteil unfreiwillig teilzeitarbeitender Frauen in Ostdeutschland seit Jahren; er lag im Frühjahr 1999 bei rund einem Drittel aller Teilzeitbe-

⁵ Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung von rund 13 000 erwachsenen Personen in Privathaushalten, die jährlich seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland durchgeführt wird. Vgl. hierzu auch Projektgruppe Panel: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) im Jahre 1994. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/1995, S. 5–15.

⁶ Der Bericht beschränkt sich auf die zum jeweiligen Befragungszeitpunkt in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis stehenden Erwerbstätigen (ohne gewerbliche und kaufmännische Auszubildende).

⁷ Im SOEP werden Personen nach ihren Arbeitszeitwünschen befragt. Daraus lässt sich empirisch ermitteln, ob und in welchem Umfang sie ihre tatsächliche bzw. ihre vereinbarte Arbeitszeit bei entsprechenden Einkommensanpassungen ausweiten oder reduzieren möchten.

⁸ Vgl. Ist Teilzeitarbeit der richtige Weg? Arbeitszeitpräferenzen in West- und Ostdeutschland. Bearb. Elke Holst und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 35/97, S. 624 f.

⁹ Vgl. BMA-Pressemitteilung vom 17.11.2000; Bundestag verabschiedet Teilzeit- und Befristungsgesetz.

Abbildung 2

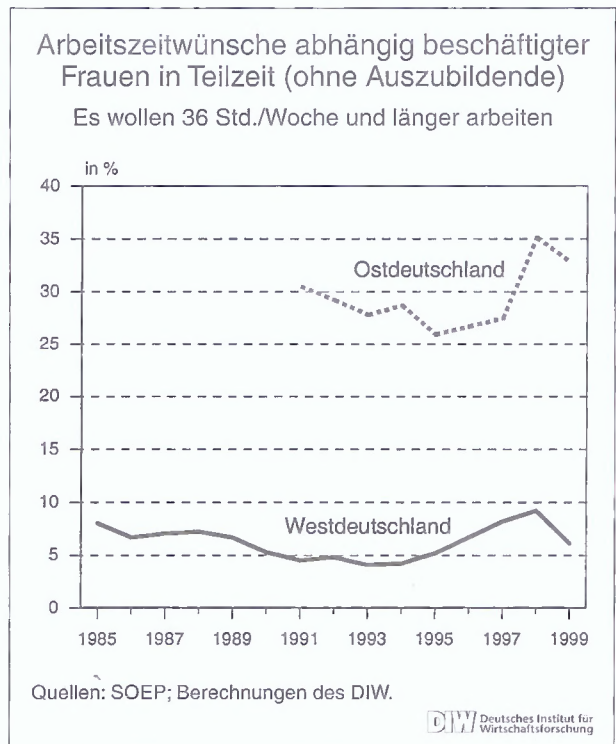


Tabelle 1

Teilzeitquote von abhängig Beschäftigten 1999
in %

Deutschland	21,2
Westdeutschland insgesamt	22,6
Männer	7,3
Frauen	42,1
Ostdeutschland insgesamt	14,7
Männer	3,2
Frauen	28,3
Quellen: SOEP 1999; Berechnungen des DIW.	

schäftigten.¹⁰ Hier ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass die Frauen die Chancen zu nutzen versuchen, im Falle eines zusätzlichen Arbeitskräftebedarfes ihre Arbeitszeit zu erhöhen.¹¹ Neueinstellungen dürften dann häufiger zurückgestellt werden.

Viele Personen möchten ihre Arbeitszeit aber nur um einige Stunden aufstocken und nicht gleich eine Vollzeitstelle ausüben (Tabelle 2). Rund 40 % der Teilzeitbeschäftigten, das sind 2,6 Millionen Personen, möchten mindestens zwei Stunden pro Woche mehr arbeiten. Davon wollen ca. 2 Millionen Personen ihre Arbeitszeit um sechs und mehr Stunden erhöhen. Dies stellt im Vergleich zum Wunsch nach einer Vollzeittätigkeit ein deutlich höheres Beschäftigungspotential dar und betrifft vor allem Frauen auch in Westdeutschland (insgesamt knapp 1,4 Millionen Personen). Wird über das Teilzeitgesetz faktisch das Anrecht auf eine Aufstockung zur Vollzeitstelle gefördert, kämen diese Personen kaum zum Zuge: Denn Teilzeitbeschäftigte sind nur „bei der Besetzung eines entsprechenden freien Arbeitsplatzes“ (Artikel 1, § 9) bevorzugt zu berücksichtigen, haben aber nicht generell das Recht auf eine beliebige Aufstockung ihrer Stunden.

Umverteilungspotentiale in West- und Ostdeutschland vorhanden

Den Teilzeitbeschäftigten, die mehr arbeiten möchten, stehen Vollzeitbeschäftigte gegenüber, die weniger arbeiten wollen. Von beschäftigungspolitischer Bedeutung sind vor allem jene, die ihre Arbeitszeit erheblich zu reduzieren suchen. Unter denen, welche die gesetzlichen Anspruchskriterien¹² erfüllen, streben 16 % eine Verringerung der wöchentlichen Arbeitszeit um sechs und mehr Stunden an. Das entspricht einem Potential von reichlich drei Millionen Personen; davon leben knapp 2,7 Millionen Personen (17 %) in Westdeutschland und knapp 0,4 Millionen Personen (12 %) in Ostdeutschland. Hinzu kommen Personen, die ihre Arbeitszeit in geringerem Umfang — um zwei bis fünf Stunden — verkürzen möchten. Dies sind reichlich 3,3 Millionen Personen (18 %). In beiden Tei-

len Deutschlands liegt der Anteil der Frauen, die ihre Arbeitszeit verkürzen möchten, besonders hoch.

Aufgrund der höheren Zahl von Vollzeitbeschäftigten besteht per saldo ein rechnerisches Mehrbeschäftigungspotential, das Arbeitslosen und Nichterwerbstätigen zugute kommen könnte. Dies wird noch deutlicher, wenn alle Arbeitszeitwünsche berücksichtigt werden, also auch geringfügige Veränderungen (weniger als zwei Stunden) und Überstundenwünsche (Tabelle 3). Für Westdeutschland wurde für 1999 ein rechnerisches saldiertes Umverteilungspotential von wöchentlich 0,6 Stunden pro Beschäftigten ermittelt; insgesamt wären das reichlich 400 000 Vollzeitstellen. Auf den ersten Blick mag überraschen, dass das durchschnittliche Stundenpotential pro Beschäftigten bei den Männern größer ausfällt als bei den Frauen (0,7 gegenüber 0,5 Stunden). Dies liegt daran, dass es kaum teilzeitbeschäftigte Männer gibt und deshalb die Wünsche nach Mehrarbeit in der saldierten Betrachtung weniger zu Buche schlagen als bei den Frauen.¹³

In Ostdeutschland zeigt sich ein etwas anderes Bild. Das rechnerische saldierte Beschäftigungspotential ist hier mit wöchentlich 0,5 Stunden pro Arbeitnehmer etwas niedriger als in Westdeutschland. Es sind insbesondere Frauen, die per saldo dazu beitragen könnten —, und zwar um durchschnittlich 0,8 Stunden (Männer 0,2 Stunden); dies entspricht insgesamt einem Arbeitsvolumen von 70 000 Vollzeitstellen.

Im Vergleich zum Vorjahr ist das Beschäftigungspotential, das sich bei Realisierung der verschiedenen Arbeitszeitwünsche rechnerisch ermitteln lässt, in West- wie in Ostdeutschland gesunken, im Vergleich zu Anfang der 90er Jahre sogar erheblich. 1998 übertraf die vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit in Westdeutschland die gewünschte Arbeitszeit noch um durchschnittlich 0,9 Stunden (Ost: 1,8 Stunden), 1993 sogar um 1,3 Stunden (Ost: 1,9 Stunden).

¹⁰ Zu ostdeutschen Besonderheiten vgl. auch: Erwerbstätigkeit von Frauen in Ost- und Westdeutschland weiterhin von steigender Bedeutung. Bearb.: Elke Holst und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 28/96, S. 461–469.

¹¹ Gegenwärtig ungeklärt ist auch der Umgang mit möglichen Anträgen von gegenwärtig Teilzeitbeschäftigten zur Ausübung einer weiteren (sprich: zweiten) Teilzeitbeschäftigung im Betrieb. Wird auch solchen Anträgen eine höhere Priorität zukommen, wenn ein Wunsch zur Mehrarbeit gemäß Artikel 1, § 9 Teilzeitgesetz besteht?

¹² Im SOEP können Informationen über Erwerbswünsche von Personen gewonnen werden, deren Beschäftigungsdauer im Betrieb länger als 6 Monate ist und die in Betrieben ab 20 Beschäftigten arbeiten. Dies kommt den gesetzlichen Kriterien zur Anspruchsberechtigung sehr nahe.

¹³ Vollzeitbeschäftigte Frauen wollen in höherem Umfang ihre Arbeitszeit verkürzen als Männer (Frauen um 2,8 Stunden, Männer um 1 Stunde), umgekehrt streben die teilzeitbeschäftigten Frauen in vergleichsweise geringerem Umfang Mehrarbeit an (Frauen um 2,7 Stunden, Männer um 3,8 Stunden). Vor allem geringfügig Beschäftigte wollen ihre Arbeitszeit massiv ausdehnen.

Hierbei ist freilich zu berücksichtigen, dass die durchschnittlich vereinbarte Wochenarbeitszeit vor allem infolge der Ausbreitung von Teilzeitarbeit 1999 (West: 34,2 Stunden, Ost: 38,2 Stunden) um rund 1 Stunde geringer war als noch 1993 (West: 35,2 Stunden, Ost: 39,4 Stunden).

Die hier ermittelten Potentiale sind rein rechnerische Größen. Sie können nur ausgeschöpft werden, wenn zumindest die unterschiedlichen Qualifikationen der Arbeitnehmer einem regionalen oder auch innerbetrieblichen Austausch nicht entgegenstehen. Dies ist aber häufig der Fall — in kleineren und mittleren Betrieben ist ein Austausch zudem schwieriger als in Großbetrieben mit einem „internen“ Arbeitsmarkt. Multivariate Analysen belegen, dass häufiger höher qualifizierte und somit auch besser Entlohnte die Bereitschaft haben, ihre Arbeitszeit zu re-

duzieren. Teilzeitbeschäftigte üben bislang häufig Tätigkeiten aus, die eine geringere Qualifikation benötigen. Soll ein qualifikatorischer Ausgleich erreicht werden, sind verstärkte — auch innerbetriebliche — Weiterbildungsanstrengungen unverzichtbar. Gemeinsame Verabredungen und Initiativen, wie sie im Bündnis für Arbeit mit dem Beschluss zur Sicherung der beruflichen Weiterbildung¹⁴ zum Ausdruck kommen, können dabei helfen. Damit könnte dem Druck entgegengewirkt werden, durch Überstunden¹⁵ die personellen Engpässe zu überwinden.

¹⁴ Vgl. Beschäftigungschancen für jeden: Weiterbildungskonzept vorgelegt. <http://www.buendnis.de/03/01/index15.html>

¹⁵ Kaum Beschäftigungseffekte durch Abbau von Überstunden. Bearb.: Markus Pannenberg und Gert G. Wagner. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 31/99, S. 573–578.

Tabelle 2

Differenz zwischen vereinbarter Arbeitszeit und Wunscharbeitszeit abhängig Beschäftigter 1999

	Beschäftigte insgesamt (hochgerechnet in 1 000)	Wunsch, weniger zu arbeiten ⁴⁾		Übereinstimmung ⁵⁾	Wunsch, mehr zu arbeiten ⁴⁾	
		6 und mehr Std./Woche	2 bis 5 Std./Woche		2 bis 5 Std./Woche	6 und mehr Std./Woche
		in %				
Abhängig Beschäftigte ¹⁾ in Deutschland	30 661	14,6	15,1	44,3	10,1	16,0
Westdeutschland insgesamt	25 303	15,0	14,8	44,1	10,2	15,9
Männer	14 167	13,7	15,0	43,7	13,0	14,6
Frauen	11 136	16,7	14,5	44,6	6,6	17,6
Ostdeutschland insgesamt	5 358	12,6	16,3	45,3	9,5	16,3
Männer	2 900	9,3	15,9	50,3	9,1	15,4
Frauen	2 457	16,5	16,7	39,4	10,0	17,3
Vollzeitbeschäftigte ²⁾ mit Erfüllung der gesetzlichen Kriterien ³⁾						
Beschäftigte insgesamt	18 601	16,4	17,8	43,8	10,2	11,7
Westdeutschland insgesamt	15 462	17,4	17,8	42,2	10,9	11,8
Männer	10 564	13,2	16,6	42,8	13,7	13,6
Frauen	4 899	26,3	20,4	40,8	4,8	7,8
Ostdeutschland insgesamt	3 139	11,9	17,6	51,9	7,1	11,4
Männer	1 908	7,2	15,4	55,9	8,6	12,8
Frauen	1 231	19,3	20,9	45,7	4,8	9,3
Teilzeitbeschäftigte ²⁾						
Beschäftigte insgesamt	6 512	5,1	5,7	48,8	9,5	30,8
Westdeutschland insgesamt	5 722	5,2	5,7	50,8	8,3	30,1
Männer	1 038	5,3	1,6	52,9	7,2	33,0
Frauen	4 684	5,2	6,6	50,3	8,5	29,4
Ostdeutschland insgesamt	790	4,3	5,6	34,8	18,7	36,5
Männer	94	/	/	/	/	42,0
Frauen	696	4,5	6,4	34,4	18,9	35,8

(/) Aufgrund geringer Fallzahl (weniger als 10 Fälle) nicht ausgewiesen. — ¹⁾ Einschließlich Beamte, ohne Auszubildende sowie ohne geringfügig Beschäftigte mit subjektiver Zuordnung als „Nichterwerbstätige in der Haupttätigkeit“. — ²⁾ Arbeitszeitumfang nach Selbstzuordnung der Befragten. — ³⁾ Beschäftigungsdauer beim derzeitigen Arbeitgeber länger als 6 Monate und in einem Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten tätig. — ⁴⁾ Frage zur Wunscharbeitszeit: „Wenn Sie den Umfang Ihrer Arbeitszeit selbst wählen könnten und dabei berücksichtigen, daß sich Ihr Verdienst entsprechend der Arbeitszeit ändern würde: Wie viele Stunden in der Woche würden Sie dann am liebsten arbeiten?“ — ⁵⁾ Differenz der vereinbarten Arbeitszeit zur Wunscharbeitszeit beträgt 0, 1 oder 1,5 Std.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW.

Tabelle 3

Durchschnittliche vereinbarte und gewünschte Arbeitszeit abhängig Beschäftigter¹⁾ 1999
Stunden pro Woche

	Insgesamt	Männer			Frauen		
		Insgesamt	Vollzeitbeschäftigt ²⁾	Teilzeitbeschäftigt ²⁾	Insgesamt	Vollzeitbeschäftigt ²⁾	Teilzeitbeschäftigt ²⁾
Westdeutschland							
Beschäftigte in 1 000 (hochgerechnet)	25 303	14 167	13 129	1 038	11 136	6 452	4 684
Vereinbarte Arbeitszeit	34,2	37,9	39,2	20,9	29,5	37,8	17,9
Gewünschte Arbeitszeit ³⁾	33,6	37,2	38,2	24,7	29,0	35,0	20,6
Differenz zwischen gewünschter und vereinbarter Arbeitszeit	-0,6	-0,7	-1,0	3,8	-0,5	-2,8	2,7
Beschäftigte mit Wunsch weniger ⁴⁾ zu arbeiten in 1 000 (hochgerechnet)	7 540	4 061	3 990	/	3 479	2 918	561
Vereinbarte Arbeitszeit	39,1	41,3	41,7	/	36,6	38,7	25,6
Gewünschte Arbeitszeit ³⁾	31,0	32,4	32,7	/	29,3	31,3	18,8
Differenz zwischen gewünschter und vereinbarter Arbeitszeit	-8,1	-8,9	-8,9	/	-7,3	-7,4	-6,8
Beschäftigte mit Wunsch mehr ⁴⁾ zu arbeiten in 1 000 (hochgerechnet)	6 130	3 681	3 326	355	2 449	784	1 665
Vereinbarte Arbeitszeit	29,4	34,7	36,9	14,7	21,4	35,3	14,8
Gewünschte Arbeitszeit ³⁾	37,4	42,3	43,9	27,4	30,2	40,5	25,3
Differenz zwischen gewünschter und vereinbarter Arbeitszeit	8,1	7,6	7,0	12,7	8,8	5,2	10,5
Ostdeutschland							
Beschäftigte in 1 000 (hochgerechnet)	5 358	2 900	2 806	94	2 458	1 762	696
Vereinbarte Arbeitszeit	37,8	39,7	40,3	22,5	35,5	39,0	26,4
Gewünschte Arbeitszeit ³⁾	37,3	39,5	39,9	29,5	34,6	36,0	30,9
Differenz zwischen gewünschter und vereinbarter Arbeitszeit	-0,5	-0,2	-0,4	7,0	-0,8	-2,9	4,5
Beschäftigte mit Wunsch weniger ⁴⁾ zu arbeiten in 1 000 (hochgerechnet)	1 547	731	728	/	816	740	76
Vereinbarte Arbeitszeit	40,8	42,9	42,9	/	38,9	39,7	31,0
Gewünschte Arbeitszeit ³⁾	34,7	34,5	34,5	/	35,0	36,0	24,6
Differenz zwischen gewünschter und vereinbarter Arbeitszeit	-6,0	-8,4	-8,4	/	-3,9	-3,6	-6,5
Beschäftigte mit Wunsch mehr ⁴⁾ zu arbeiten in 1 000 (hochgerechnet)	1 322	683	628	55	639	277	362
Vereinbarte Arbeitszeit	33,1	36,8	38,0	23,3	29,1	36,0	23,8
Gewünschte Arbeitszeit ³⁾	41,7	45,5	46,2	37,4	37,7	43,1	33,5
Differenz zwischen gewünschter und vereinbarter Arbeitszeit	8,6	8,7	8,3	14,0	8,6	7,1	9,7

(/) Aufgrund geringer Fallzahl (weniger als 10 Fälle) nicht ausgewiesen. — ¹⁾ Einschließlich Beamte, ohne Auszubildende sowie ohne geringfügig Beschäftigte mit subjektiver Zuordnung als „Nichterwerbstätige in der Haupttätigkeit“. — ²⁾ Arbeitszeitumfang nach Selbstzuordnung der Befragten. — ³⁾ Frage zur Wunscharbeitszeit: „Wenn Sie den Umfang Ihrer Arbeitszeit selbst wählen könnten und dabei berücksichtigen, daß sich Ihr Verdienst entsprechend der Arbeitszeit ändern würde: Wie viele Stunden in der Woche würden Sie dann am liebsten arbeiten?“ — ⁴⁾ Differenz der vereinbarten Arbeitszeit zur Wunscharbeitszeit beträgt zwei oder mehr Stunden.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW.

Hilft das Teilzeitgesetz Beschäftigungspotentiale auszuschöpfen?

Rechnerisch besteht also in Deutschland sowohl bei Männern als auch bei Frauen bei gegebenem Arbeitsvolumen ein Potential für die Umverteilung von Arbeit und zusätzliche Beschäftigung. Es ist allerdings die Frage, in-

wieweit das Teilzeitgesetz dazu beiträgt, dieses Potential auszuschöpfen oder sogar — wie angestrebt — weiteres Beschäftigungspotential zu schaffen. Hier ist Skepsis angebracht.

Vor allem teilzeitbeschäftigte Frauen haben den Wunsch, mehr zu arbeiten. Sie müssen nicht zuletzt Tätigkeiten übernehmen, die von Männern, die ihre Arbeits-

zeit reduzieren möchten, ausgeübt werden. Ob hier ein solcher Austausch — ohne weitere Qualifizierungen — tatsächlich möglich ist, muss bezweifelt werden. Möglicherweise kämen wohl eher männliche Arbeitslose zum Zuge. Dies verfestigt die geschlechtsspezifische Segregation auf dem Arbeitsmarkt. Damit insbesondere Müttern die Ausübung von Erwerbsarbeit erleichtert wird, bedarf es darüber hinaus verbesserter Rahmenbedingungen; dazu gehören vermehrte Anstrengungen, insbesondere von Seiten der Länder und Kommunen, zur Bereitstellung von Infrastruktureinrichtungen (Kindergartenplätze, verlässliche Ganztagschulen etc.).

Mit der Einführung des Rechts auf Teilzeitarbeit und auf die Ausweitung der Arbeitszeit können bei dem Arbeitgeber Vorbehalte gegen Teilzeitbeschäftigung¹⁶ wieder wachsen.¹⁷ Denn künftig haben Arbeitnehmer die Möglichkeit — auch gegen den erklärten Widerstand¹⁸ des Arbeitgebers — ihre Teilzeitwünsche geltend zu machen, wenn keine betrieblichen Notwendigkeiten dagegensprechen. Auf Seiten der Arbeitgeber stößt das Gesetz vor allem auch wegen der befürchteten Rechtsunsicherheit sowie Rechtsstreitigkeiten über die Definition der „betrieblichen Gründe“ oder der „unverhältnismäßigen Kosten“, wie sie in Artikel 1, § 8 (4) des Gesetzes geregelt sind, sowie wegen der besonderen Nachweispflichten der Arbeitgeber auf strikte Ablehnung.¹⁹ Die Bedenken, dass die Arbeitsgerichte nun zur Durchsetzung von Teilzeitanträgen nicht unbeträchtlich belastet würden, dürften unbegründet sein. Denn angesichts der hohen Arbeitslosigkeit dürften sich die Klagen bei bestehenden Arbeitsverhältnissen — wie bisher auch — in engen Grenzen halten.²⁰

Fazit

In Deutschland bestehen nach wie vor Beschäftigungspotentiale durch die Ausweitung von Teilzeit — auch wenn sie im Vergleich zu Anfang der 90er Jahre deutlich geringer geworden sind. Die Wünsche zur Teilzeitbeschäftigung lassen sich auch nach Inkrafttreten der gesetzlichen Neuregelung nur realisieren, wenn die bestehenden Vorbehalte der Arbeitgeber gegen die vermehrte Bereitstellung von Teilzeitarbeitsplätzen abgebaut werden können. Ob dies allein durch die gesetzlichen Ansprüche erreicht werden kann, die gegebenenfalls gegen den Widerstand des Arbeitgebers durchgesetzt werden müssen, ist fraglich.

Der erhoffte beschäftigungspolitische „Erfolg“ der Gesetzesmaßnahme²¹ hängt wesentlich davon ab, wie sich Kosten, Image und Erscheinungsbild von Teilzeitarbeit entwickeln werden. Soll das Gesetz ein Erfolg werden, muss auf Seiten der Arbeitgeber die Erkenntnis wachsen, dass sie von einer Zunahme der Teilzeitarbeit profitieren.

Mit den neuen Vorschriften des Gesetzes zur Ausschreibung von Stellen²² könnte ein Umdenkungsprozess

für die Arbeitsplatzorganisation einhergehen, der mehr bewirkt als formale Rechtsansprüche. Solche Ausschreibungen — allerdings nur, wenn sie ernst gemeint sind — können einen Beitrag für verbesserte Voraussetzungen zur Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern liefern. Bei den heutigen Rahmenbedingungen²³ birgt das Teilzeitgesetz die Gefahr, das traditionelle Erwerbsverhalten eher zu verfestigen.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass zur Erschließung von Beschäftigungspotentialen durch die Förderung von Teilzeitarbeit ein breiter gesellschaftlicher Konsens notwendig ist (zum Beispiel im Rahmen des bestehenden Bündnisses für Arbeit). Dies war zum Beispiel in den Niederlanden der Fall, wo seit dem 1.7.2000 ein Arbeitszeitanpassungsgesetz in Kraft ist, welches ebenfalls formale Rechtsansprüche zur Ausübung von Teilzeitarbeit enthält. Im Gegensatz zu Deutschland wurde dieses Gesetz dort jedoch von allen großen Parteien des Parlaments unterstützt. Auf die Notwendigkeit von *Gemeinschaftsinitiativen* der Sozialpartner zur Förderung der Teilzeitarbeit verweist auch die Richtlinie des Europäischen Rates²⁴ über Teilzeitarbeit, die in die nationalen Gesetzgebungen aufgenommen werden soll.

Vor dem Hintergrund der bestehenden Unsicherheiten wäre sicherlich eine befristete Inkraftsetzung (ähnlich wie bei dem früheren Beschäftigungsförderungsgesetz) sowie eine Berichtspflicht über die Erfahrungen mit den ein-

¹⁶ Für den allmählichen Abbau der Vorbehalte gegen Teilzeitarbeit in der Vergangenheit vgl. z. B. Rosemarie Fiedler-Winter: *Flexible Arbeitszeiten — Beispiele aus der Praxis*. 3. Auflage Landsberg/Lech 1997, sowie das WSI-Tarifhandbuch 1996 mit dem Schwerpunkt „Flexible Arbeitszeitregelungen“, Köln.

¹⁷ Erste Ergebnisse hierzu wird bereits die für Dezember 2000 geplante Replikation einer im August 2000 erstmals durchgeführten Image-Analyse zur Teilzeitarbeit liefern, die vom BMA in Auftrag gegeben wurde.

<http://www.teilzeit-info.de/forschung/imganalyse/staterheb.htm>

¹⁸ Wobei bislang keine gesicherten sowie zu verallgemeinern empirischen Erkenntnisse über das Ausmaß solcher Weigerungen vorliegen; vielfach rechnen Beschäftigte lediglich mit ablehnenden Haltungen und verbleiben resignativ in Vollzeitarbeit. Vgl. Hartmut Seifert: *Arbeitszeit nach Wunsch verkürzen?* WSI-Mitteilungen Heft 4/2000, S. 244.

¹⁹ Vgl. hierzu z. B. die Stellungnahme der Deutschen Arbeitgeberverbände bei den Beratungen des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung, Ausschussdrucksache 14/932.

²⁰ Vgl. die Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes bei den Beratungen des Ausschusses, a.a.O.

²¹ Vgl. hierzu BMA-Pressemitteilung vom 27.10.2000: Walter Riestler: *Förderung von Teilzeitarbeit und aktive Arbeitsmarktpolitik können Arbeitslosigkeit deutlich verringern*.

²² Laut Artikel 1, § 7 sind künftig neue Stellen grundsätzlich als Teilzeitarbeitsplätze auszuscheiden, „soweit sich der Arbeitsplatz hierfür eignet“.

²³ Vgl. z. B. Ehegattensplitting nicht mehr zeitgemäß. Bearb.: Bernhard Seidel, Dieter Teichmann und Sabine Thiede. In: *Wochenbericht des DIW*, Nr. 40/99, S. 713–723.

²⁴ Vgl. die Richtlinie 97/81/EG des Europäischen Rates. http://europa.eu.int/eur-lex/de/lii/dat/1997/de_397L0081.html

geführten Regelungen auf der Basis einer arbeitsmarktpolitischen Evaluierung der gesetzlichen Neuregelung dem jetzigen Gesetzgebungsverfahren vorzuziehen gewesen.

In einer weiter gehenden Flexibilisierung des Arbeitsmarktes liegen nach wie vor Wachstumsperspektiven und hohe Beschäftigungspotentiale. Wichtigste Aufgabe sollte es sein, diese Potentiale insbesondere für die Integration der gegenwärtig *nicht* Beschäftigten (Arbeitslose und

sonstige Nichterwerbstätige mit dem Wunsch einer Beschäftigungsmöglichkeit²⁵) in den Arbeitsmarkt zu nutzen.

²⁵ Zum Umfang und zur Entwicklung der Stillen Reserve vgl. Elke Holst: Die Stille Reserve am Arbeitsmarkt. Größe — Zusammensetzung — Verhalten, edition sigma, Berlin 2000, sowie: Stille Reserve wichtig für die Arbeitsmarktflexibilität in Deutschland. Bearb.: Elke Holst und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 29/2000, S. 457–465.

Industrieproduktion in Deutschland: Tempoabschwächung auf hohem Niveau

Die Industrieproduktion ist in diesem Jahr der Motor der Konjunkturentwicklung in Deutschland. Die positiven Erwartungen vom Jahresanfang wurden sogar noch übertroffen. Die Industrie profitierte in hohem Ausmaß von der dynamischen Nachfrage aus dem Ausland. Die anhaltend günstige wirtschaftliche Entwicklung in den wichtigsten Abnehmerländern der deutschen Industrie sowie der niedrige Eurokurs ließen die Exporte nochmals kräftig anziehen. Ob die Industrie auch im nächsten Jahr die Rolle des Konjunkturmotors in Deutschland übernehmen kann, ist allerdings fraglich: Zwar sind einerseits angesichts der kräftig zunehmenden Kapazitätsauslastung in einigen Branchen zusätzliche Impulse aus der inländischen Investitionsgüternachfrage zu erwarten, doch ist andererseits mit einer Abkühlung der weltwirtschaftlichen Dynamik zu rechnen.

Rasche Expansion der Produktion nach Jahresbeginn

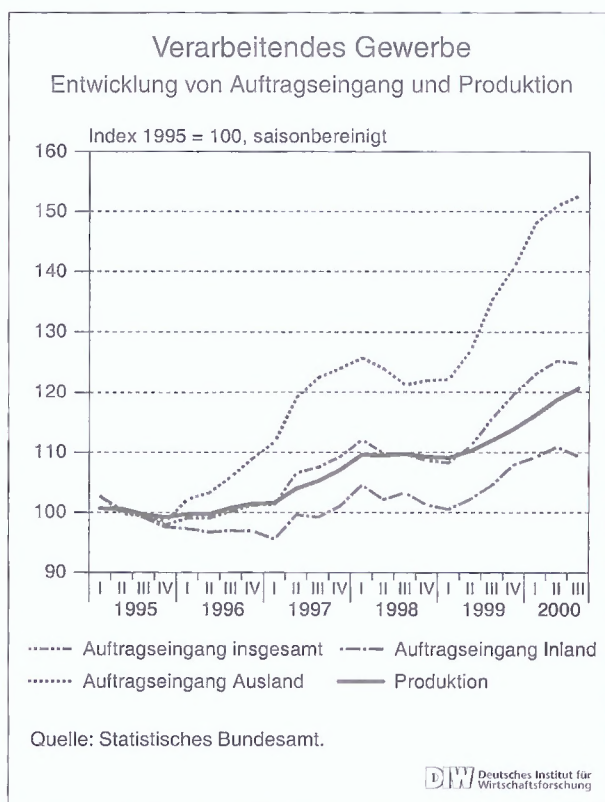
Mit dem Ausklingen der dämpfenden Effekte im Gefolge der Asienkrise fasste auch die Industrieproduktion in Deutschland wieder Trift. Von der Jahresmitte 1999 an expandierte sie mit laufenden Quartalsraten von real rund 2%, bis zum Sommer dieses Jahres mit steigender Tendenz (Abbildung 1). Die Industrie erwies sich damit als ein wichtiger Konjunkturmotor für die deutsche Volkswirtschaft und übertraf die vor Jahresfrist erwartete Entwicklung deutlich.¹

Das Wachstum wurde von der Dynamik der Auslandsnachfrage getragen. Dies war auch so erwartet worden, doch wurde das tatsächliche Ausmaß unterschätzt. Die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes aus dem Ausland waren von Januar bis September im Durchschnitt um gut 17% höher als im gleichen Zeitraum 1999 (Tabelle 1). Von der besseren Entwicklung des weltwirtschaftlichen Umfeldes — vor allem bedingt durch den bis zum Sommer robusten Konjunkturaufschwung in den USA — konnte die Industrie merklich profitieren. Hinzu kamen Verbesserungen der preislichen Wettbewerbsfähigkeit, zurückzuführen einerseits auf den unerwartet starken Fall des Euro-Wechselkurses, andererseits auf die günstige Entwicklung der Lohnstückkosten im Vergleich zu den Wettbewerbern. Damit ist die Wettbewerbsfähigkeit in Europa, dem nach wie vor wichtigsten Absatzmarkt der deutschen Industrie, gekräftigt worden. Insgesamt übertraf die Produktion im verarbeitenden Gewerbe in den ersten drei Quartalen 2000 das Vorjahresniveau um gut 7%.

Erste Anzeichen einer Abschwächung

In den letzten Monaten hat die Industriekonjunktur etwas an Fahrt verloren.² Im dritten Quartal nahm die Produktion des verarbeitenden Gewerbes um 1,6% gegenüber dem Vorquartal zu, nach 2,2% im zweiten Jahresviertel (Tabelle 2).³ In dieses Bild passt auch die Entwicklung des Geschäftsklimaindex für das westdeut-

Abbildung 1



¹ Industrieproduktion noch ohne Dampf. Bearb.: Claudius Schmidt-Faber. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 47/99.

² Die hier vorgenommene Analyse beruht auf den revidierten Produktionsergebnissen des Statistischen Bundesamtes für September. Die Werte des dritten Quartals dürften sich aber nochmals ändern, da sie später noch auf die vollständigen Ergebnisse der vierteljährlichen Produktionserhebung abgestimmt werden müssen. Vergleiche gegenüber dem Vorjahr beruhen auf arbeitstäglich bereinigten Indexreihen. Die Indexreihen für Vergleiche gegenüber dem Vorquartal wurden zusätzlich mit dem Berliner Verfahren saisonbereinigt.

³ Bei den saisonbereinigten Monatszahlen der Industrieproduktion nach dem hier verwendeten Berliner Verfahren (BV 4) zeigte sich diese leichte Abschwächung schon relativ früh. Bei Anwendung des von der Bundesbank favorisierten (Fortsetzung S. 834)

Tabelle 1

Produktion und Auftragseingang im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe

Sektoren	Struktur ¹⁾ 1999	Produktion ²⁾ Veränderungen zum Vorjahr in %			Export- quote ³⁾ 1999	Auftragseingang ⁴⁾ Veränderungen zum Vorjahr in %		
		2.Vj. 2000	3.Vj. 2000	Jan.–Sept. 2000		Insgesamt	Inland	Ausland
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe	100,0	7,5	7,6	7,1	35,2	11,2	6,9	17,4
Vorleistungsgüterproduzenten	47,7	6,5	5,5	6,0	31,5	11,0	7,5	17,2
Investitionsgüterproduzenten	28,9	10,8	12,7	11,0	49,1	14,9	9,8	20,6
Gebrauchsgüterproduzenten	8,4	7,9	10,4	8,3	24,5	6,8	2,1	11,8
Verbrauchsgüterproduzenten	15,0	3,5	2,0	1,8	16,4	0,1	-3,3	6,9
Bergbau ⁵⁾	2,0	-6,7	-4,6	-6,1	5,8	-	-	-
Kohlenbergbau, Torfgewinnung	1,3	-7,6	-4,5	-7,0	2,8	-	-	-
Gewinnung von Erdöl und Erdgas	0,1	-12,7	-17,2	-12,5	2,6	-	-	-
Gewinnung von Steinen und Erden	0,6	-3,8	-2,5	-2,7	10,3	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	98,0	7,6	7,8	7,3	35,2	11,2	6,9	17,4
Ernährungsgewerbe	7,6	5,5	0,8	2,9	11,9	-	-	-
Tabakverarbeitung	0,4	4,3	8,7	4,7	7,6	-	-	-
Textilgewerbe	1,2	2,3	2,5	0,6	32,5	3,3	-0,2	10,7
Bekleidungsgewerbe	0,6	-10,9	-4,2	-10,2	27,5	-0,6	-2,7	4,2
Ledergewerbe	0,2	-3,0	-4,1	-3,5	25,4	-0,6	-2,8	6,0
Holzgewerbe	1,8	3,3	-0,1	2,8	13,5	1,4	-1,4	19,2
Papiergewerbe	2,0	4,8	4,4	4,8	33,8	6,8	5,3	9,5
Verlags- und Druckgewerbe	5,1	5,1	4,4	5,1	7,0	4,9	3,6	15,7
Mineralölverarbeitung, Kokerei	0,5	2,1	7,8	2,4	3,8	-	-	-
Chemische Industrie	10,9	5,1	2,3	3,0	49,8	9,1	6,3	12,0
Gummi- und Kunststoffwaren	4,8	6,6	4,9	5,6	28,8	6,2	3,0	14,1
Glas, Keramik, Steine und Erden	4,0	0,7	-1,5	1,2	16,5	4,1	0,7	14,1
Metallerzeugung und -bearbeitung	4,1	7,6	8,4	8,0	35,2	9,1	10,0	7,6
Metalverarbeitung	8,5	7,3	5,4	6,4	20,3	6,3	4,8	12,0
Maschinenbau	13,0	6,2	10,9	7,2	47,0	15,7	9,1	23,1
EDV-Geräte, Büromaschinen	1,7	54,3	18,0	41,2	34,5	19,6	16,8	25,5
Elektrotechnik	7,5	5,0	7,4	5,5	35,0	10,5	4,6	21,8
Medientechnik	2,3	32,4	34,8	30,8	54,1	41,8	33,4	49,1
Mess- und Regeltechnik	3,2	13,7	18,4	14,9	44,3	18,7	7,9	31,4
Kraftwagenbau	13,8	11,3	15,4	12,2	55,8	8,4	4,6	11,6
Sonstiger Fahrzeugbau	1,3	6,6	3,5	5,8	48,9	23,9	35,6	14,4
Möbel, Spielwaren	2,5	3,0	2,5	2,1	20,1	1,9	-0,3	13,2
Recycling	0,2	28,1	20,0	28,2	25,4	-	-	-

¹⁾ Anteile in % an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Bergbaus und verarbeitenden Gewerbes insgesamt. — ²⁾ Produktionsindex, 1995 = 100, arbeitstäglich bereinigt. — ³⁾ Auslandsumsatz in % des Gesamtumsatzes des jeweiligen Sektors. — ⁴⁾ Volumenindex, 1995 = 100. — ⁵⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

sche verarbeitende Gewerbe, der im September bereits zum vierten Mal in Folge rückläufig war.

Ein Nachlassen der weltwirtschaftlichen Dynamik hauptsächlich aufgrund der Konjunkturabschwächung in den USA und die dadurch gedämpfte Nachfrage nach Industrieprodukten aus Deutschland war allgemein erwartet worden. Hinzu gekommen sind die Effekte des Ölpreisanstiegs; dieser hat in den Industrieländern zu einem Realeinkommensentzug geführt und damit die Nachfrage gebremst.⁴ Zudem werden sich die von der Geldpolitik ausgehenden dämpfenden Effekte noch verstärken.

Entwicklung in den Hauptgruppen

Die Entwicklung der Hauptgruppen und einzelner Wirtschaftszweige gibt weiteren Aufschluss über die Rolle der Industrie im Konjunkturzyklus und das konjunkturelle Mus-

(Fortsetzung v. S. 833) Saisonbereinigungsverfahrens X12-Arima war die Wachstumseintrübung dagegen zunächst weniger deutlich zu erkennen; erst im September kam es zu einem relativ scharfen Rückgang der Produktion.

⁴ Vgl.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2000. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 43/2000.

ter innerhalb der Industrie. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei den Vorleistungs- und Investitionsgüterproduzenten, den in der deutschen Industrie dominierenden Bereichen. Wegen ihrer hohen Exportquoten profitierten beide Bereiche vom starken Anziehen der Auslandsnachfrage im vergangenen Jahr; die Auftragseingänge aus dem Inland folgten mit etwas Verzögerung. Insgesamt übertrafen die Aufträge im Durchschnitt der Monate Januar bis September den Vorjahresstand um 11 % bei den Vorleistungsgüter- und um 15 % bei den Investitionsgüterherstellern. Ihre höchste Dynamik hatten die Auftragseingänge der Vorleistungsgüterproduzenten allerdings schon im Herbst des vergangenen Jahres überschritten (Abbildung 2). Bei den inländischen Auftragseingängen der Investitionsgüterhersteller war dies erst nach dem Jahreswechsel der Fall; das Wachstum der Aufträge aus dem Ausland flachte sogar erst zur Jahresmitte 2000 ab. Entsprechend ließ die Produktionsdynamik im Bereich der Vorleistungsgüterproduzenten schon zu Beginn dieses Jahres nach, während das Tempo des Anstiegs der Produktion von Investitionsgütern bis zuletzt ungebrochen war.

Die Produktion im Bereich der Gebrauchsgüter expandierte bis zuletzt kräftig, hauptsächlich Resultat des dynamisch gestiegenen Produktionsindex beim Kraftwagenbau und der günstigen Nachfrage- und Produktionsentwicklung bei Gütern der Unterhaltungselektronik aus deutscher Produktion. Bei den Verbrauchsgüterherstellern dagegen stagnierte die Produktion im dritten Quartal 2000; sie war allerdings auch in den Monaten davor durch wenig Dynamik geprägt. Bemerkenswert bei der mittelfristigen Entwicklung dieses Bereichs ist die auch hier zunehmende Bedeutung der Auslandsnachfrage. Maßgeblich für die Stagnation am aktuellen Rand ist der deutliche Rückschlag beim *Ernährungsgewerbe*.

Investitionsgüter: Produktion auf Hochtouren

Der kräftige Aufschwung im verarbeitenden Gewerbe in den letzten eineinhalb Jahren war mit einem starken Anstieg der Auslastung der Produktionskapazitäten verbunden. Folgt man den Berechnungen zur monatlichen Auslastung des Produktionspotentials mit dem Potentialmodell des DIW für Westdeutschland,⁵ nähert sich die Auslastung Werten, wie sie zuletzt Anfang der neunziger Jahre im Vereinigungsboom erreicht worden waren. Mit diesem hohen Auslastungsgrad und bei weiterhin positiven Produktionserwartungen bestehen innerhalb der Industrie deutliche Anreize, die Kapazitäten durch zusätzliche Investitionen auszuweiten. Der Rückgang der inländischen Auftragseingänge bei den Investitionsgüterherstellern im dritten Quartal 2000 passt allerdings nicht zu diesem Bild. Die Analyse der Entwicklung bei wichtigen Investitionsgüterherstellern soll näheren Aufschluss über die hier angesprochenen Zusammenhänge liefern.

Tabelle 2

Entwicklung in ausgewählten Branchen des verarbeitenden Gewerbes¹⁾ im Jahre 2000 Veränderung zur Vorperiode in %

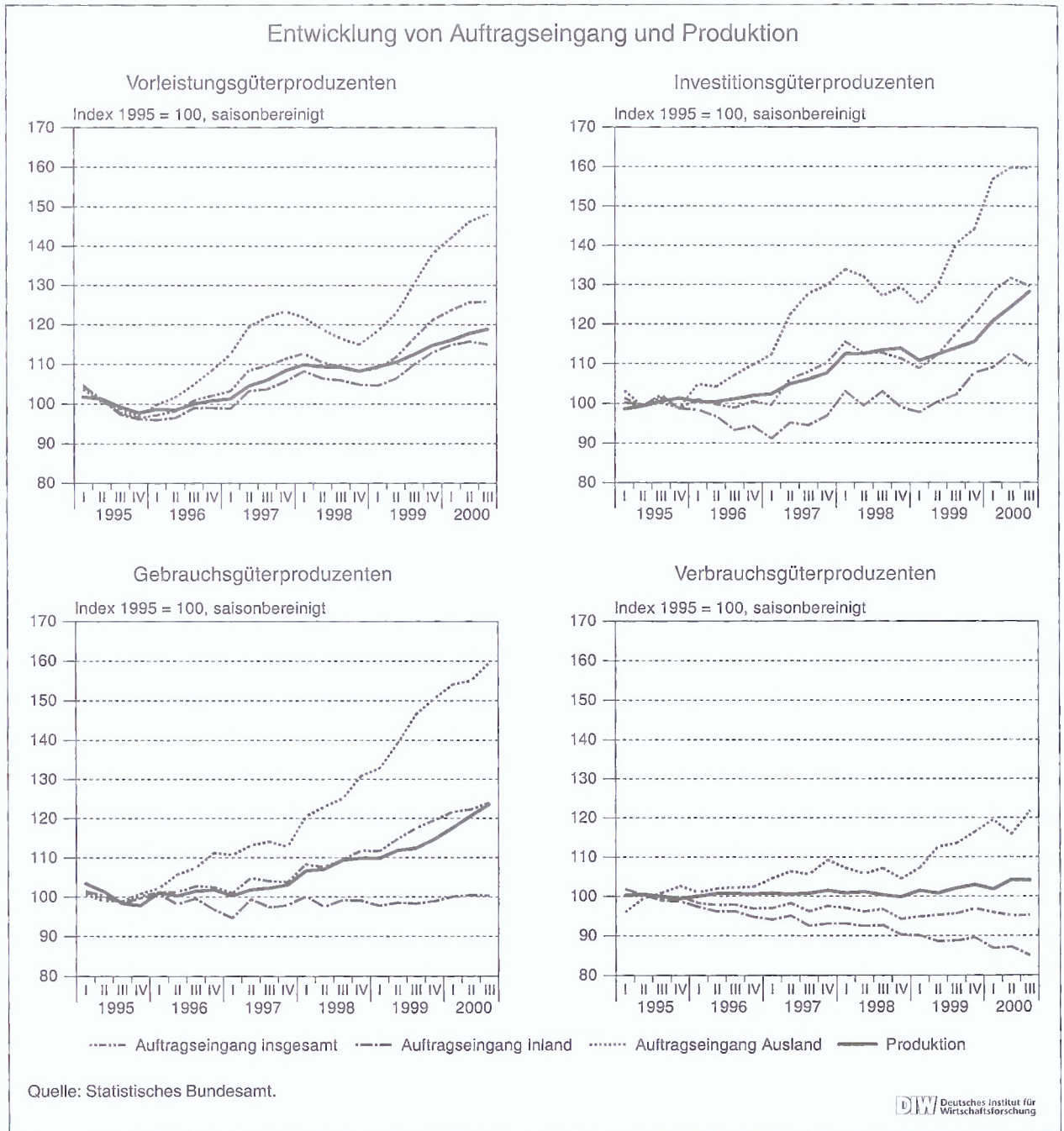
	1.Vj. 2000	2.Vj. 2000	3.Vj. 2000
Produktion			
Vorleistungsgüterproduzenten	1,1	1,5	0,9
Investitionsgüterproduzenten	4,5	3,0	3,2
Gebrauchsgüterproduzenten	2,5	2,6	2,4
Verbrauchsgüterproduzenten	-1,1	2,4	-0,1
Verarbeitendes Gewerbe			
Ernährungsgewerbe	-0,3	2,3	-1,6
Chemische Industrie	-2,7	2,8	-0,1
Metallerzeugung u. -bearbeitung	2,2	0,8	2,0
Metallverarbeitung	2,3	1,8	0,2
Maschinenbau	3,4	2,5	3,8
Erweiterte Elektrotechnik	2,6	3,1	5,4
Kraftwagenbau	5,7	3,2	3,3
Auftragseingang Inland			
Vorleistungsgüterproduzenten	1,6	0,8	-0,7
Investitionsgüterproduzenten	1,2	3,4	-2,7
Gebrauchsgüterproduzenten	1,2	0,4	-0,2
Verbrauchsgüterproduzenten	-3,0	0,3	-2,4
Verarbeitendes Gewerbe			
Chemische Industrie	0,0	1,0	-0,9
Metallerzeugung u. -bearbeitung	2,4	-2,2	-2,2
Metallverarbeitung	2,2	-0,6	0,4
Maschinenbau	5,3	1,2	1,2
Erweiterte Elektrotechnik	2,1	2,9	3,5
Kraftwagenbau	1,9	3,2	-1,1
Auftragseingang Ausland			
Vorleistungsgüterproduzenten	2,9	3,0	1,3
Investitionsgüterproduzenten	8,8	1,9	-0,1
Gebrauchsgüterproduzenten	2,4	0,6	2,9
Verbrauchsgüterproduzenten	2,7	-3,1	5,1
Verarbeitendes Gewerbe			
Chemische Industrie	2,3	-0,6	3,6
Metallerzeugung u. -bearbeitung	-2,2	-3,2	-1,4
Metallverarbeitung	6,7	5,1	-4,7
Maschinenbau	9,9	0,0	3,0
Erweiterte Elektrotechnik	7,9	9,4	2,6
Kraftwagenbau	2,6	0,9	3,1

¹⁾ Indizes 1995 = 100, saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4).
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Der *Maschinenbau* mit einem Anteil von gut 13 % an der Produktion des verarbeitenden Gewerbes gehört zu den klassischen Produzenten von Ausrüstungsinvestitionen. Während die Produktion im Jahresverlauf 1999 stagnierte, expandiert sie seit Beginn dieses Jahres mit hohen

⁵ Monatlich aktualisierte Werte zur Auslastung des westdeutschen Produktionspotentials können im WorldWideWeb unter http://www.diw.de/deutsch/projekte/home/dui_kapazi/ abgefragt werden.

Abbildung 2

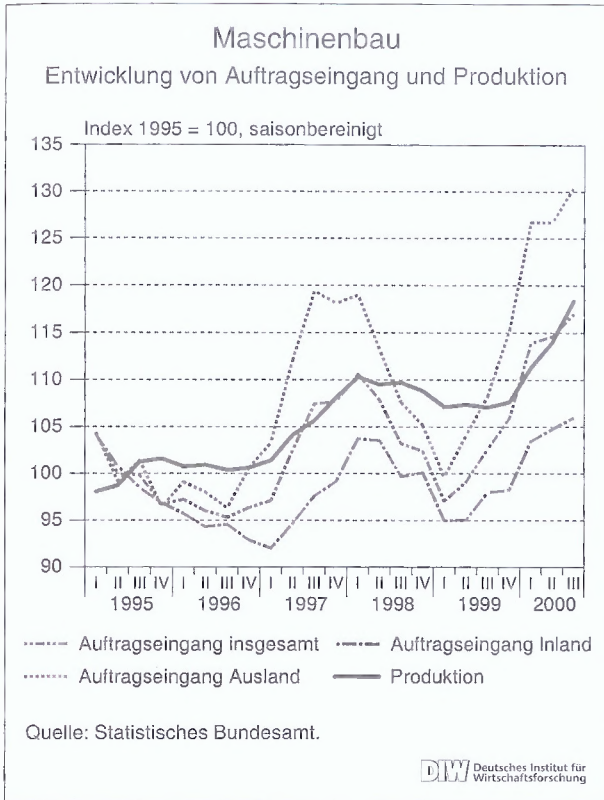


Raten. Von Januar bis September war sie im Durchschnitt um gut 7% höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Bei den Auftragseingängen hatte der Erholungsprozess schon im Frühjahr 1999 eingesetzt (Abbildung 3). Zu Beginn dieses Jahres verlangsamte sich das Wachstumstempo zunächst, doch gingen im dritten Quartal wiederum deutlich mehr Aufträge vor allem aus dem Ausland ein. Der Maschinenbau verfügt damit über ein dickes Auftragspolster. Die Kapazitätsauslastung hat nach Angaben des VDMA den optimalen Bereich schon überschritten,

und bei den Arbeitskräften wird über Mangel an qualifiziertem Personal — nicht nur an Ingenieuren — berichtet. Die Arbeitszeitkonten sind bei vielen Unternehmen voll ausgeschöpft, so dass zusätzliche Aufträge zu einer Erhöhung des Auftragsbestandes und zu einer Verlängerung der Lieferfristen führen.

In den kommenden Monaten ist mit einer verlangsamten Zunahme der Nachfrage zu rechnen, ein starker Einbruch ist aber nicht zu erwarten. Die Produktion wird — wenn auch abgeschwächt — weiter expandieren, so dass

Abbildung 3



für dieses Jahr insgesamt ein Produktionsplus gegenüber 1999 von rund 7½ % zu Buche stehen dürfte (Tabelle 3). Im nächsten Jahr wird sich die Abschwächung des weltwirtschaftlichen Expansionstempos und damit auch der Investitionskonjunktur hier bemerkbar machen. Dank der bis zuletzt hohen Produktionsdynamik und der gut gefüllten Auftragsbücher wird die Herstellung von Maschinenbauerzeugnissen im kommenden Jahr aber noch um rund 5 % gesteigert werden können.

Tabelle 3
Produktionsentwicklung 1999 bis 2001¹⁾
Veränderung zum Vorjahr in %

	1999	2000	2001
Verarbeitendes Gewerbe	1,6	7,0	4
Ernährungsgewerbe	2,6	2,0	2
Chemische Industrie	4,4	3,0	3
Metallerzeugung u. -bearbeitung	-3,3	8,0	-1
Metallverarbeitung	1,9	4,5	2
Maschinenbau	-2,0	7,5	5
Erweiterte Elektrotechnik	3,6	8,5	7
Kraftwagenbau	3,1	12,0	6

¹⁾ 2000 und 2001: Prognose.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Im Bereich der *erweiterten Elektrotechnik* werden überwiegend Investitions- und Vorleistungsgüter hergestellt. In ihr sind die Wirtschaftszweige Elektrotechnik (WZ-Nr. 31), Medientechnik (WZ-Nr. 32) sowie Mess- und Regeltechnik (WZ-Nr. 33) zusammengefasst; ihr Anteil an der Produktion des verarbeitenden Gewerbes betrug 1999 gut 13 %. Auftragseingänge und Produktion expandierten seit Mitte des vergangenen Jahres mit hohem Tempo (Abbildung 4). Die Ausfuhren der erweiterten Elektrotechnik entwickelten sich im ersten Halbjahr äußerst dynamisch; nach Branchenangaben konnten sie in alle wichtigen Absatzregionen um jeweils rund 30 % gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Besonders stark war die Produktionszunahme im Bereich der Kommunikations- und Nachrichtentechnik, insbesondere bei den elektronischen Bauelementen. Der Nachfrageboom bei den Bauelementen dürfte in jüngster Zeit aber auch von Mehrfachbestellungen aufgrund befürchteter Lieferengpässe überzeichnet gewesen sein.

Insgesamt ist die Expansion der Nachfrage nach Erzeugnissen der erweiterten Elektrotechnik nicht nur ein konjunkturelles Phänomen, sondern auch Ausdruck des strukturellen Wandels in den Industrieländern in Richtung Informationsgesellschaft. Auf mittlere Sicht kann weiterhin von einer starken Produktionszunahme ausgegangen werden — dies schließt konjunkturelle Schwankungen

Abbildung 4

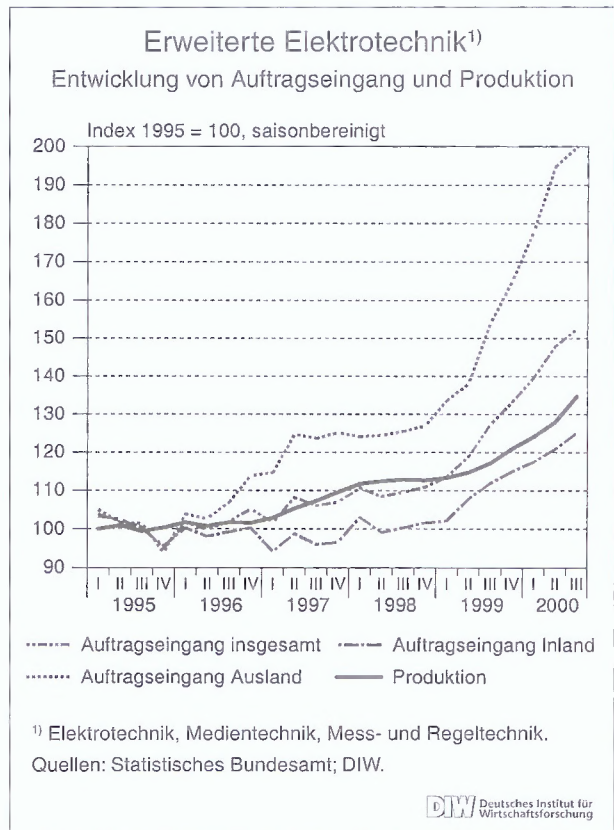
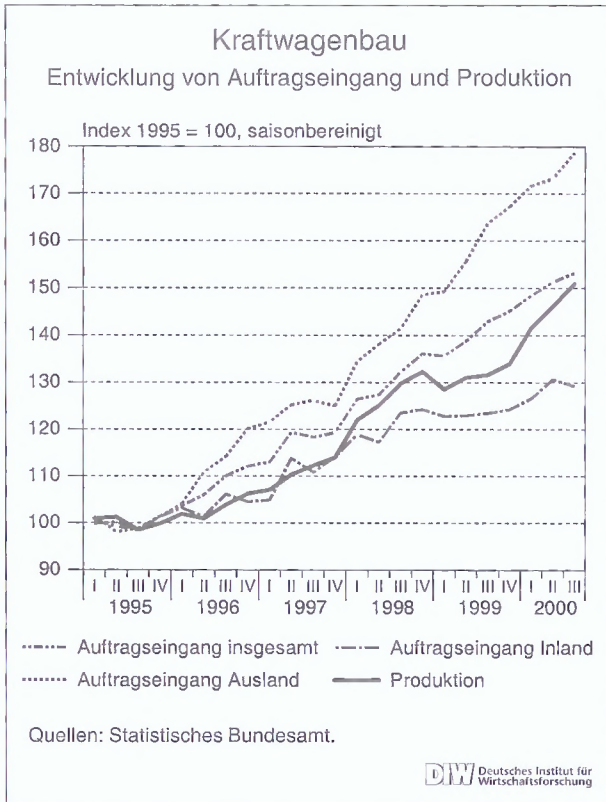


Abbildung 5



aber nicht aus. In diesem Jahr dürfte sich ein Produktionszuwachs von rund 8½ % ergeben; im kommenden Jahr ist mit einem Plus von 7 % zu rechnen.

Die Entwicklung beim *Kraftwagenbau* in Deutschland (Gewicht im verarbeitenden Gewerbe 14 %), dessen Produktion etwa zur Hälfte den Investitionsgütern zugerechnet wird, war in diesem Jahr ebenfalls sehr expansiv (Abbildung 5). Nachdem die Produktion im Jahresverlauf 1999 nahezu stagniert hatte, war erwartet worden, dass auch in diesem Jahr vom Kraftwagenbau keine nennenswerten Impulse ausgehen würden; damit im Einklang stand die seit Monaten schwindende Zahl der Neuzulassungen von Pkw. Der Produktionsindex des Kraftwagenbaus — Anstieg in den ersten neun Monaten gut 12 % — spiegelt dies jedoch nicht wider. Vor allem die Exporte nach Nordamerika und Asien belebten das Geschäft und machten die verhaltene Nachfrageentwicklung im Inland mehr als wett.

Zum Bereich „Kraftwagenbau“ gehören die Herstellung von Kraftwagen und -motoren (WZ-Nr. 34.10), die Herstellung von Karosserien, Aufbauten und Anhängern (WZ-Nr. 34.20) sowie die Teile- und Zubehörindustrie (WZ-Nr. 34.30). Besonders dynamisch ist hier schon seit einiger Zeit die Entwicklung der Produktion von Teilen und Zubehör (Abbildung 6). Dies ist Ausdruck der Globalisierung der Automobilindustrie, die an ihre Fertigungsstätten

im Ausland Komponenten liefert. Doch auch für den engeren Bereich der Herstellung von Kraftwagen und -motoren weist die amtliche Produktionsstatistik seit Jahresanfang eine ähnlich schwungvolle Expansion aus wie für den gesamten Wirtschaftszweig.

Dies steht im Widerspruch zur Entwicklung der in Stückzahlen gemessenen Inlandsproduktion von Pkw und Nutzfahrzeugen. Nach dem saisonbereinigten Verlauf des Index der Inlandsproduktion hatte die Fertigung Ende 1998 ihren Höhepunkt überschritten und sank bis jetzt fast stetig, wenn auch in diesem Jahr mit geringerem Tempo (Abbildung 7). Ein Teil dieses Rückgangs ist auf die Produktionsverlagerung eines Herstellers nach Belgien zurückzuführen.

Die Stückzahlenmessung vermittelt aber ein verzerrtes Bild des Produktionsvolumens, da sich die Struktur der Produktion von Kraftfahrzeugen laufend ändert. Bei der Messung in Stück geht der Kleinwagen mit dem gleichen Gewicht ein wie der 16 Tonnen schwere Lkw. Der Wandel der Produktionsstruktur zeigt sich auch darin, dass seit einiger Zeit die Produktion von Personenkraftwagen der größeren Hubraumklassen ausgeweitet wird, während die zahlenmäßig bedeutenderen mittleren Hubraumklassen zurückgeht. Zudem nahm zuletzt der Anteil der gefertigten Nutzkraftwagen zu.

Abbildung 6

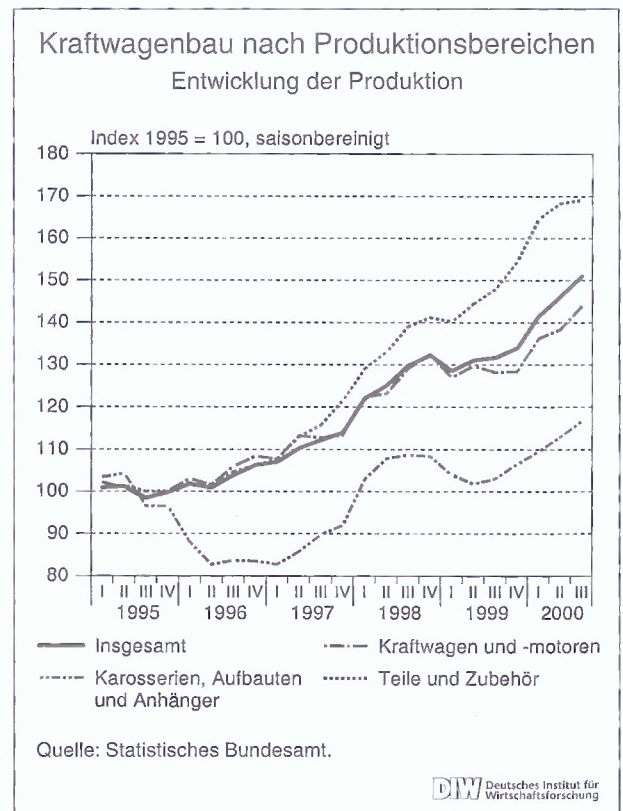
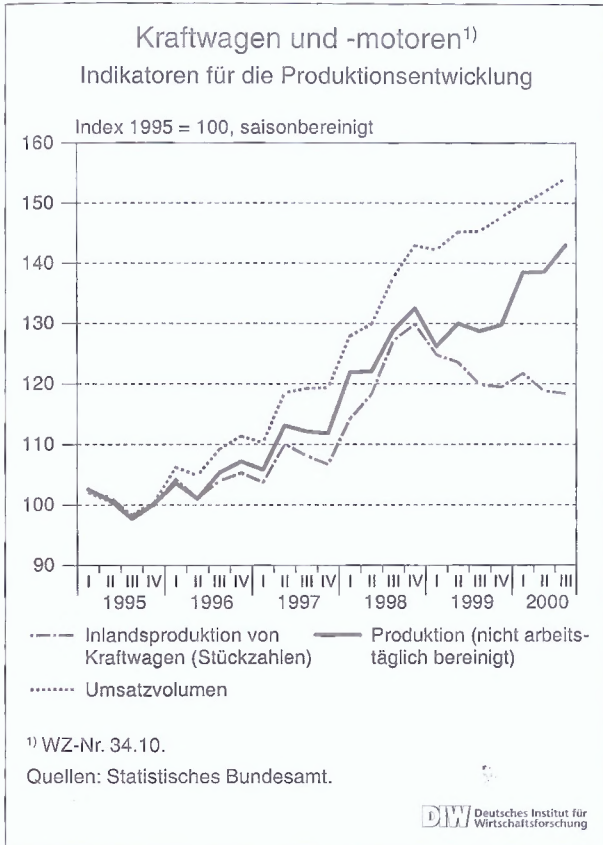


Abbildung 7



Hinzu kommt, dass Qualitätssteigerungen der Produkte nicht erfasst werden. So sind Neuwagen zunehmend hochwertiger ausgestattet; auch Kleinwagen verfügen häufig über ABS oder eine Klimaanlage. Dies kann mit einer reinen Stückzahlenbetrachtung nicht erfasst werden. Im Ergebnis wird die Produktionsdynamik dadurch unterzeichnet. Insofern ist der Produktionsindex als Indikator für die Entwicklung der Warenproduktion im Kraftwagenbau der Rechnung in Stück vorzuziehen, zumal nur mit ihm eine sinnvolle Zusammenfassung mit der Teile- und Zubehörindustrie möglich ist.

Als weiterer Indikator der Produktionsentwicklung ist der saisonbereinigte Index des Umsatzvolumens herangezogen worden. Danach ist der reale Umsatz von Januar bis September 2000 um knapp 5½ % gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gestiegen. Produktion und Umsatz unterscheiden sich über die Veränderung des Lagers und die Erfassung des Absatzes von Dienstleistungen, die von der Industriebranche selber erbracht werden. Da sich die Umsatzentwicklung auf fachliche Betriebsteile bezieht, dürfte der Anteil der Dienstleistungen aber nicht allzu stark ins Gewicht fallen. Vergleicht man die Verläufe beider Indizes, müssten demnach in jüngster Zeit die Lager an Kraftfahrzeugen aufgestockt worden sein. Dies hätte sich jedoch wiederum in der Entwicklung der Stückzahlen niederschlagen müs-

sen. Für die unterschiedlichen Tempi bei der Entwicklung von Stückzahlen, Produktion und Umsatzvolumen (Abbildung 7) gibt es mithin keine befriedigenden Erklärungen.

Folgt man den Produktionsindizes, dürfte trotz der für das letzte Quartal zu erwartenden Stagnation beim Kraftwagenbau die Produktion in diesem Jahr um rund 12% höher ausfallen als im Jahre 1999. Für das kommende Jahr kann mit einem Anstieg um 6% gerechnet werden. Angesichts des voraussichtlich schwachen Überhangs aus diesem Jahr setzt dies eine spürbare Belebung der Kraftwagenproduktion im Verlauf des Jahres 2001 voraus. Bei der Pkw-Produktion dürften dabei wichtige Impulse von der inländischen Nachfrage kommen; dazu werden Einkommensverbesserungen bei den privaten Haushalten — z.B. aus den zum Jahresanfang in Kraft tretenden steuerlichen Entlastungen — beitragen.

Bei den Investitionsgüterherstellern insgesamt ist so im nächsten Jahr mit einem etwas verhalteneren Wachstum zu rechnen, allerdings auf hohem Niveau. Das vergleichsweise kräftige Anziehen der inländischen Nachfrage im ersten Halbjahr 2000 mag auch damit zusammenhängen, dass Investitionsvorhaben aufgrund der sich im nächsten Jahr verschlechternden steuerlichen Abschreibungsbedingungen vorgezogen worden sind. Spätere Bestellungen können aufgrund der langen Lieferfristen teilweise erst im kommenden Jahr abgearbeitet werden. Dies dürf-

Abbildung 8

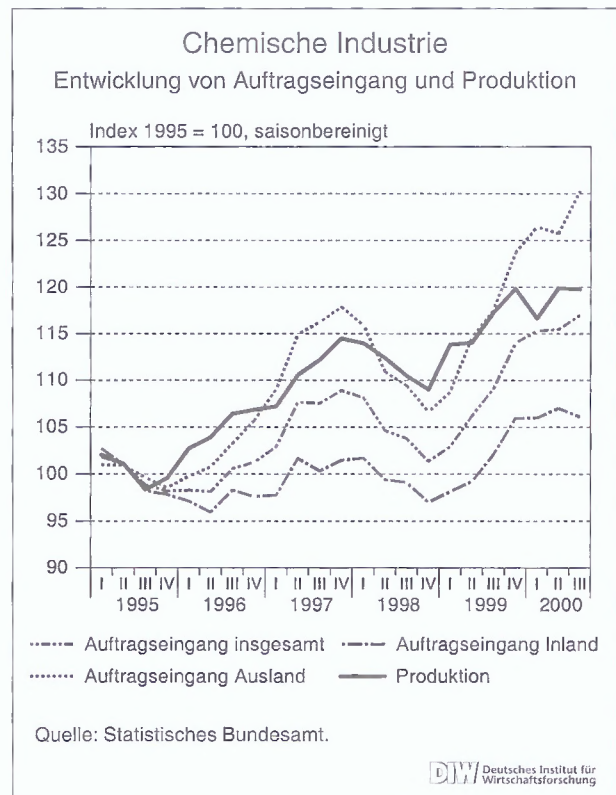
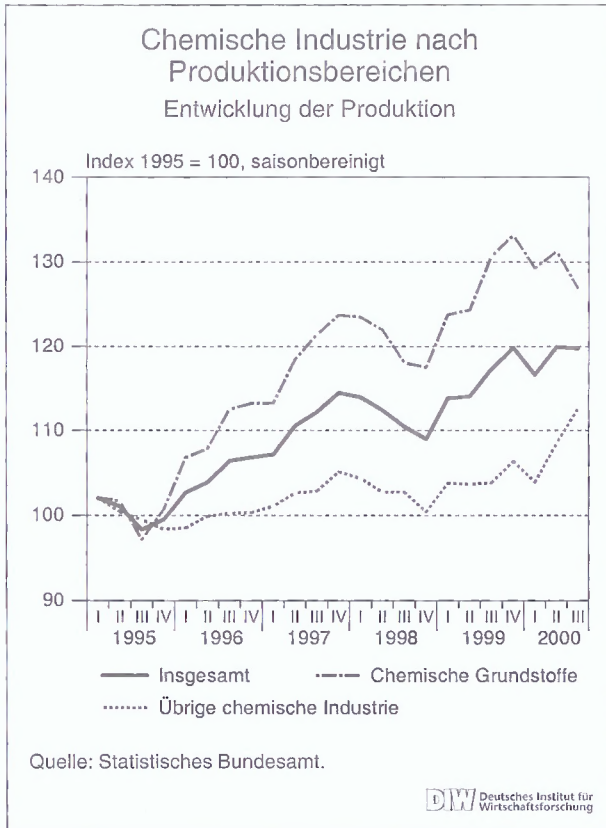


Abbildung 9



te ein wichtiger Grund für den Rückgang der inländischen Nachfrage im dritten Quartal gewesen sein.

Nachlassendes Expansionstempo bei der Vorleistungsgüterproduktion

Die Produktionsentwicklung bei der *chemischen Industrie* — Anteil am verarbeitenden Gewerbe 11 % — war in diesem Jahr von starken Schwankungen geprägt. Nach dem kräftigen Anstieg im vergangenen Jahr gab es im ersten Quartal 2000 einen Rückschlag (Abbildung 8). Anschließend kam es zu einer kräftigen Erholung, im dritten Quartal schließlich zur Stagnation der Produktion. Bis September addiert sich die Produktionsentwicklung in diesem Jahr zu einer Wachstumsrate von 3%, was dem Überhang aus dem vergangenen Jahr entspricht.

Die Entwicklung der verschiedenen Produktionsbereiche der chemischen Industrie ist uneinheitlich (Abbildung 9). Während die zu den Vorleistungsgütern zählende Produktion chemischer Grundstoffe ihren Zenit im vierten Quartal 1999 überschritten hat und seitdem in der Tendenz rückläufig ist, expandiert die übrige chemische Industrie — hier insbesondere die Pharmaindustrie und die Produktion von Chemiefasern — weiter kräftig. Insgesamt dürfte die chemische Industrie im Jahresdurch-

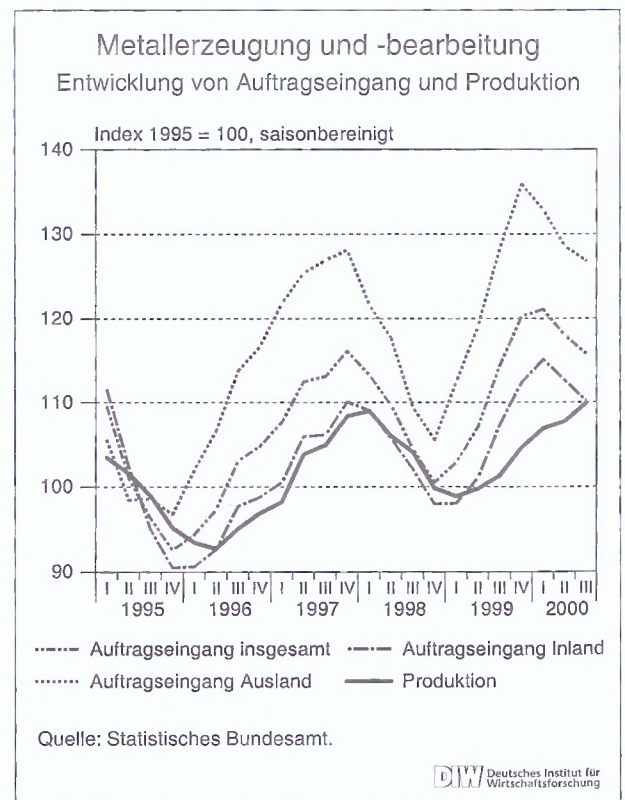
schnitt auf ein Produktionsplus von knapp 3% kommen. Für das nächste Jahr wird im Verlauf wieder mit einer nachhaltigen Kräftigung der Produktion gerechnet.

Noch deutlicher als bei der chemischen Industrie ist der zyklische Abschwung bei den Vorleistungsgüterproduzenten der *Metallerzeugung und -bearbeitung*. Er spiegelt sich zwar bislang nur in den seit dem zweiten Quartal 2000 rückläufigen Auftragseingängen (Abbildung 10). Simulationsrechnungen des DIW kommen aber zu dem Ergebnis, dass dieser Abschwung in Kürze auf die Produktion durchschlagen wird. Der Produktionsanstieg in diesem Jahr dürfte sich insgesamt noch auf 8% belaufen. Im Jahre 2001 ist dann mit einem Rückgang — um 1% — zu rechnen, doch wird sich die Produktion zum Jahresende hin erholen. Dafür spricht auch der von Branchenexperten erwartete zyklische Lageraufbau in der Eisen schaffenden Industrie.

Verlangsamtes Wachstum mit Risiken

Die für das verarbeitende Gewerbe vorliegenden statistischen Informationen lassen in diesem Jahr ein Wachstum der Produktion von knapp 7% erwarten. Dies ist die höchste Zuwachsrate seit mehr als 20 Jahren. Nimmt man das in der Gemeinschaftsdiagnose skizzierte gesamtwirtschaftliche Szenario als Ausgangspunkt für eine modell-

Abbildung 10



gestützte Prognose der Industrieproduktion in Deutschland, muss für die kommenden Monate angesichts der nachlassenden weltwirtschaftlichen Dynamik mit einem sich abschwächenden Wachstum gerechnet werden. Der in wichtigen Vorleistungsbereichen sich abzeichnende Produktionsrückgang ist sicherlich kein Vorbote eines sich verstärkenden Abschwungs. Vielmehr zeigen die modellgestützten Branchenprognosen, dass die Produktion in diesen Bereichen im kommenden Jahr wieder an Tempo gewinnt. Auch die Fertigung der Investitionsgüterhersteller dürfte weiterhin — wenn auch mit etwas geringerem Tempo — expandieren. Dafür sprechen die aus heutiger

Sicht immer noch günstigen Perspektiven der Weltwirtschaft, die teilweise hohen Auftragsbestände und der vielfach hohe Auslastungsgrad bei wichtigen Nachfragern im Inland. Insgesamt ist im kommenden Jahr ein Zuwachs der Industrieproduktion von 4% zu erwarten.

Die Industrieproduktion bleibt damit auch im nächsten Jahr eine Stütze der Konjunktur in Deutschland, auch wenn sie etwas an Kraft verliert. Risiken können sich aus einer starken Aufwertung des Euro, einer abrupten Wachstumseintrübung in den USA oder einem weiter steigenden Ölpreis ergeben. Dies würde insbesondere die deutsche Industrie treffen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 154 **Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen.** Von Volker Meinhardt, Bernhard Seidel, Frank Stille und Dieter Teichmann. 104 S. 1995. (3-428-08293-1). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 155 **Technologische Zusammenarbeit von Berliner Unternehmen mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 100 S. 1995. (3-428-08411-X). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.
- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.
- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). DM 74,— / öS 540,— / sFr 67,—.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). DM 148,— / öS 1.080,— / sFr 131,—.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwiener. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle — Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen Toepel. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Nr. 167 **Auswirkungen der Europäischen Währungsunion auf die deutsche Wirtschaft.** Von Sebastian Dullien und Gustav A. Horn. 95 S. 1999. (3-428-10017-4). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Nr. 168 **E-Commerce — Erfolgsfaktoren von Online-Shopping in den USA und in Deutschland.** Von Brigitte Preißl und Hans-Jörg Haas unter Mitarbeit von Christian Rickert. 112 S. 1999. (3-428-10076-X). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 169 **Der Beitrag ausländischer Investoren zum Aufbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen in den neuen Bundesländern.** Von Heike Belitz, Karl Brenke und Frank Fleischer. 115 S. 2000. (3-428-10233-9). DM 112,— / sFr 99,50.
- Nr. 170 **Geld, Banken und Staat in Sozialismus und Transformation.** Von Mechthild Schrooten. 201 S. 2000. (3-428-10243-6). DM 148,— / sFr 131,—

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin

Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw.de>

Präsident: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gustav A. Horn, Dr. Kurt Hornschild, Wolfram Schretil, Ph. D.,
Dr. Bernhard Seidel, Prof. Dr. Gert G. Wagner, Dr. Hans-Joachim Ziesing

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann

Förderung von Teilzeitarbeit durch gesetzlichen Rechtsanspruch — Reform oder Hindernis für mehr Beschäftigung?

Bearbeitet von Elke Holst und Jürgen Schupp

Industrieproduktion in Deutschland: Tempoabschwächung auf hohem Niveau

Bearbeitet von Claudius Schmidt-Faber

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Oranienburger Str. 172, D-13437 Berlin

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304